

Tagungsdokumentation

## **Bensberger Gespräche**

### **Gewinner der Globalisierung - Verlierer der Globalisierung.**

#### **Wo steht Europa?**

**22.-24. Januar 2007 in Bensberg**

*Dokumentation: Dr. Kai Dreisbach*

#### **Statement "Perspektiven einer künftigen Sicherheitspolitik"**

*Gerd Höfer, Mitglied des Bundestages, Mitglied des Verteidigungsausschusses, Berlin*

#### **Probleme gegenwärtiger Sicherheitspolitik**

Wie sollte eine zukunftsorientierte Sicherheitspolitik aussehen? "Sie muss weg von der Fixierung auf nation-building hin zu einer Betonung von citizenship" – so die Kernthese von Gerd Höfer. Europa habe im großen und ganzen seinen Nationalismus überwunden, die Nation an sich spiele inzwischen eine nicht mehr so große Rolle. Auf der anderen Seite stünde die europäische (wie auch die US-amerikanische) Sicherheitspolitik immer noch unter dem Primat des nation-building. Dabei bedinge die begrenzte Kenntnis der Kulturgeschichte heutiger Einsatzgebiete (wie Bosnien oder der Irak), dass sich genau dort um die Schaffung stabiler politischer Gebilde bemüht werde, wo es eigentlich kein Zugehörigkeitsgefühl zu einem Staat bzw. einer Nation gebe. Sinnvoller, so der Referent, wäre es, ein bürgerrechtliches Engagement zu fördern und die Menschen in den Krisenregionen an der Ausgestaltung der Zukunft ihrer Länder aktiv zu beteiligen.

Die Erfahrungen in Bosnien wie auch im Irak hätten gezeigt, dass in der internationalen Sicherheitspolitik ein Umdenken notwendig sei. Bei beiden Einsätzen dringe sich das Bild eines Flugzeugträgers auf – 80 Prozent der Kampfkraft werde darauf verwendet, sich selbst zu schützen. Angesichts dieser Tatsache frage sich die Bevölkerung, wer denn ihre Sicherheit gewährleiste. So würde Vertrauen verspielt, betonte Höfer. Aus Angst, dass etwas passieren könne, zöge man sich zurück und erfülle somit seinen Auftrag nicht. Hinzu komme die Tatsache, so der Referent weiter, dass die heutigen Kriseneinsätze in den betroffenen Regionen Unselbstständigkeit förderten. So fehlten beispielsweise in Bosnien Polizisten, die Lösung dieses Problems (und seine Finanzierung) werde von den Menschen in dem Land aber nicht selbst in die Hand genommen sondern von der EU verlangt.

#### **Die Ursachen**

In diesem Kontext, fuhr Höfer fort, stelle sich die Frage, warum die Situation so sei wie sie ist. Nach Einschätzung des Referenten sind hierfür vor allem zwei Faktoren verantwortlich – eine mangelnde Kooperation zwischen der militärischen und der zivilen Seite und das Fehlen einer stringenten Außen- und Sicherheitspolitik der EU.

Eine Einbindung der zivilen Seite in den militärischen Prozess sei generell schwierig zu bewerkstelligen, erklärte Höfer. Bevor zivile Aufgaben erfüllt werden können, müsse zunächst das Umfeld sicher sein. Das Beispiel Irak zeige, wie schwierig dies sei und wie lange dies dauern könne. Zum anderen sei zu konstatieren, dass die zivile Komponente auf EU-Ebene schlicht und ergreifend nicht funktioniere. NGOs und Hilfsorganisationen forderten vom Militär Sicherheit und Schutz, seien aber oft nicht bereit, sich einem koordinierten Planungs- und Aufbauprozess unterzuordnen. Darüber hinaus fehle es auf europäischer Ebene in vielen Bereichen an zivilen Kapazitäten. Die Folge sei, dass Soldaten zivile

Aufgaben z. B. im Polizeieinsatz übernehmen müssten, wofür sie weder ausgebildet seien noch die nötigen personellen Ressourcen zur Verfügung stünden. Dies sei umso bedenklicher, als der erweiterte Sicherheitsbegriff eigentlich eine militärisch-zivile Kooperation und Arbeitsteilung fordere.

Ein vielleicht noch größeres Problem stellt nach Einschätzung Höfers die mangelnde Einigkeit der Europäer bezüglich einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik dar. Die Vorstellungen hierzu differierten innerhalb der EU erheblich. So plane beispielsweise Großbritannien, bis 2012 eine mit den US-Streitkräften kompatible Armee aufzubauen. Frankreich hingegen strebe weiterhin eine europäische Führungsrolle an und drücke sich davor, seine Rolle innerhalb der NATO endlich eindeutig zu definieren. Und bei den neuen EU-Mitgliedern bestünde so gut wie kein Interesse an einer gemeinsamen europäischen Sicherheitspolitik – für sie, so Höfer, zähle nur die NATO. Innerhalb der NATO wiederum wirke sich das Fehlen übereinstimmender europäischer sicherheitspolitischer Vorstellungen negativ auf Abstimmungsfragen und Einsatzplanungen aus.

### **Vision einer zukünftigen Sicherheitspolitik**

Aus seiner Sicht, so Gerd Höfer, sei es daher unabdingbar, dass die Europäer sich endlich politisch auf eine zukünftige gemeinsame Sicherheitspolitik einigen. Er habe immer noch die Vision, dass es gelingen könnte, eine europäische Armee aufzubauen. Dies sei allein schon aus ökonomischer Sicht sinnvoll. Aber die mangelnde Kompatibilität der Ausrüstung oder unterschiedliche Führungsphilosophien stellten große Hindernisse auf dem Weg zu einer Realisierung dieses Ziels dar.

Wie also sollte eine zukünftige europäische Sicherheitspolitik aussehen? Wichtig, betonte Höfer, seien ihm dabei die folgenden Aspekte:

- Der erweiterte Sicherheitsbegriff müsste von allen übernommen werden.
- Auf der militärischen Seite müsse es eine verstärkte Kooperation z.B. bei Einsatzverfahren geben.
- Eine zivile Komponente, vor allen in den Bereichen Verwaltung, Recht und Polizei, für den Aufbau in Krisenregionen müsse schnellstmöglich entwickelt und aufgebaut werden.
- Auch auf nationaler Ebene müsse es endlich zu einer effektiven Kooperation zwischen der zivilen und der militärischen Seite kommen. Dies sei gegenwärtig selbst im Bundestag kaum möglich. So seien beispielsweise gemeinsame Treffen von Verteidigungs- und Entwicklungsausschuss Mangelware. Im Parlament herrsche noch das alte Denken vor, alle klebten an ihrer "Spezialistenrolle". Es sei an der Zeit, so der Bundestagsabgeordnete, dass endlich auch der Bundestag auf Basis des erweiterten Sicherheitsbegriffs arbeite.

Zusammenfassend forderte Höfer, dass das Prinzip des nation-building endlich ad acta gelegt, bürgerrechtliches Engagement gefördert und den Menschen in Krisengebieten ein Selbstbestimmungsrecht darüber zugestanden werde, wie sie die Zukunft in ihrer Heimat gestalten wollen. Er befürchte aber, so der Referent, dass er mit diesen Forderungen die Grenze zwischen Vision und Utopie überschritten habe.

Im Anschluss an seine Ausführungen stellte sich Gerd Höfer noch den Fragen des Plenums. Auf die Frage, ob die WEU – Höfer ist Leiter der deutschen Delegation bei der WEU-Parlamentarierversammlung – denn nicht inzwischen überflüssig geworden sei, entgegnete der Referent, das Gegenteil sei der Fall. Die WEU entwickle sich zu einem höchst interessanten Versuchslabor zur Erforschung einer zukünftigen europäischen Sicherheitspolitik. Da die Fachkompetenz (und auch das Interesse) der EU-Parlamentarier sich in diesem Bereich in Grenzen halte, komme es der parlamentarischen Versammlung der WEU zu, die Einflussmöglichkeiten der nationalen Parlamente bei der Ausgestaltung einer zukünftigen europäischen Verteidigungspolitik zu sichern und stärken.

Weitere Zuschauerfragen zielten auf die Grenzen der Belastbarkeit der Bundeswehr und die mangelnde Unterstützung in der Bevölkerung. Gerd Höfer äußerte Verständnis für das Gefühl der Überforderung der Bundeswehr. Deren Transformationsprozess sei politisch verordnet worden, es sei zu beachten, dass weit mehr Kräfte durch Auslandseinsätze gebunden als wirklich entsandt würden und es müsse endlich auch eine politische Entscheidung getroffen werden, wo die Bundeswehr hingeschickt würde und wie lange sie dort bleiben solle. Darüber hinaus, so Höfer, müsse ein Weg gefunden werden, wie die Bundeswehr eine größere Wahrnehmung in der Bevölkerung finden könne. Trotz aller Bemühungen sei dies bisher nicht gelungen – mehr als ein freundliches Desinteresse bringe die Mehrheit der Menschen in Deutschland für die Streitkräfte nicht auf. Und leider, so Gerd Höfer zum Abschluss, habe auch er keine Idee, wie dieser Zustand zu ändern sei.